



Dr. Stefan Kaufmann

09/2016
07.06.2016

Brief aus Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,
zwei Dinge beschäftigen mich derzeit stärker als alles andere: Wie geht es weiter mit Europa? Und Wie geht es weiter mit unserem Verhältnis zur Türkei? Europa steht am Scheideweg – und der Konflikt mit unserer Schwesterpartei CSU spiegelt letztlich diese Situation: wieviel müssen wir als Deutschland (auf)geben, um dieses Europa als Staatenbund mit unterschiedlichen Kulturen aber zunehmend mehr vergemeinschafteten Politikfeldern vital zu halten? Und welchen Preis sind die anderen Mitgliedstaaten bereit zu zahlen? Immer wieder stellt sich diese Frage: zuletzt bei der Griechenland-Rettung und natürlich der Flüchtlingspolitik. Ich weiß, dass mittlerweile vielen Deutschen dieser Preis zu hoch ist. Diese Stimmung greift die AfD geschickt auf – und auch Teile der CSU. Letztlich werden wir diesen Konflikt jedoch nicht schnell lösen können. Zu unterschiedlich sind die Auffassungen in der Union darüber, wie dieses Europa am Ende konstruiert und verfasst sein soll. Einig sein sollten wir uns aber wenigstens in unserer Haltung zur Türkei. Es ist erschreckend, wie ein einzelner es schafft, das über viele Jahrzehnte trotz mancher Irritation gut gewachsene deutsch-türkische Verhältnis zu vergiften. Hierfür ist zu allererst Erdogan persönlich verantwortlich. Dazu nur so viel: die deutsche Politik muss das Verhältnis zur Türkei in Zeiten Erdogans ganz grundsätzlich klären: nach außen und auch nach innen. Denn auch und gerade bei den schon länger hier lebenden Menschen türkischer Abstammung in zweiter und dritter Generation zeigen sich teilweise mehr Signale der Abgrenzung als der Integration. Das können wir nicht ohne weiteres hinnehmen. Ansonsten zeigt sich dieser Tage, wie wichtig unser funktionierendes Ehrenamt in Zeiten zerstörerischer Naturereignisse ist. Gut, dass es die Freiwillige Feuerwehr und das THW gibt! Auch deshalb bin ich gerne zum 125-jährigen Jubiläum der Wehr in Stuttgart-Weilimdorf, meiner alten Heimat, gekommen! Danke jedenfalls allen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz!
In diesem Sinne grüßt Sie herzlich
Ihr

Impressum:
Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de
E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Erinnerung an die Opfer des Völkermords an den Armeniern



Bundestagspräsident Norbert Lammert während der Aussprache zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern © Deutscher Bundestag

Berlin – Am Donnerstag erinnerte der Bundestag an den Völkermord an bis zu 1,5 Millionen Armeniern und anderen christlichen Minderheiten des Osmanischen Reichs in den Jahren 1915 und 1916. Wir verneigen uns vor den Opfern von Vertreibung und Gewalt. Mit einer großen Mehrheit stimmten meine Kollegen und ich für die Resolution, mit welcher der Bundestag erstmals den Begriff Völkermord für die Massaker verwendet. Mit der Resolution erkennen wir auch die Mitverantwortung des Deutschen Reichs an, das damals als militärischer Haupt-

verbündeter der Osmanen eine unrühmliche Rolle spielte. Trotz eindeutiger Informationen von Seiten deutscher Diplomaten und Missionare wurde kein Versuch unternommen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen. In Anbetracht der hitzigen Debatte und diplomatischen Manöver möchte ich nochmals betonen, dass diese Resolution als ein Beitrag zur Versöhnung zwischen Armeniern und Türken verstanden werden soll – und nicht etwa als Anklageschrift gegen die Türkei. Wie Bundeskanzlerin Angela Merkel anmerkte, gibt es in dieser Frage einen Dissens mit der türkischen Regierung, doch sind die freundschaftlichen und strategischen Beziehungen zur Türkei gut. So sei

auch den Kritikern der Resolution gesagt: 100 Jahre nach den schrecklichen Ereignissen ist es Zeit, Fakten bei ihrem Namen zu nennen. Bundestagspräsident Norbert Lammert merkte klug an, dass das Parlament keine Historikerkommission sei und ganz gewiss kein Gericht, dass man sich aber unbequemen Fragen und Antworten stellen müsse. Aus der deutschen Geschichte wissen wir, dass als Grundlage für ein friedliches und tolerantes Miteinander ein klarer Blick und ehrlicher Dialog über die vergangenen Ereignisse unabdingbar sind. In Angesicht der eigenen Verantwortung als Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs wird sich die Bundesregierung auch zukünftig für eine türkisch-armenische Versöhnung einsetzen. Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Kultur sind aufgefordert sich weiterhin mit dem Völkermord, dem armenischen Erbe und der türkisch-armenischen Aussöhnung zu beschäftigen.

Integrationsgesetz: für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt

Berlin – Über das geplante Integrationsgesetz debattierten wir am vergangenen Freitag im Bundestagsplenum. Mit dem Gesetz sollen die Eingliederung für Schutzsuchende in die deutsche Gesellschaft erleichtert sowie Integrationsbemühungen unterstützt und eingefordert werden. Dazu werden zum einen für Asylbewerber zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten aus Bundesmitteln geschaffen – mit kleinen, niedrigschwelligen Angeboten können so Geflüchtete an den deutschen Arbeitsmarkt herangeführt werden. Ferner sollen Asylbewerber

Wir bringen das Land voran:
Pflicht zur Integration wird Gesetz

Es ist ein „Meilenstein“ in der Integrationspolitik. Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Entwurf für das neue Integrationsgesetz beschlossen. Er trägt die klare Handschrift der CDU: Wir wollen die Integration der zu uns kommenden Menschen fördern. Gleichzeitig fordern wir von ihnen eigene Anstrengungen. Wer sich der Integration verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen.

So wollen wir unsere Werte und unsere Sprache vermitteln:

- Wer Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommt, wird zu Integrationsmaßnahmen verpflichtet. Wer diese ablehnt, erhält weniger Leistungen.
- Nur wer eindeutige Leistungen zur Integration erbracht hat, kann nach fünf Jahren unbefristet bleiben. Bei herausragenden Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren. Dazu zählen gute deutsche Sprachkenntnisse, eine Ausbildung oder ein Arbeitsplatz. Zudem dürfen keine Sicherheitsbedenken bestehen.
- Eine Teilnahme an einem Integrationskurs ist künftig auch für Frauen und Männer mit einfachen Deutschkenntnissen Pflicht. Die Teilnahme soll künftig innerhalb des ersten Jahres nach der Zulassung zum Kurs erfolgen.

So wollen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt ordnen:

- Schutzberechtigten wird für drei Jahre ein Wohnort zugewiesen. Das soll die gleichmäßige Verteilung sicherstellen. Neue soziale Brennpunkte werden so vermieden.
- Wer eine Ausbildung macht, darf für die Dauer dieser Ausbildung bleiben. Hat er danach einen Job, darf er weitere zwei Jahre bleiben, ohne Arbeitsplatz sechs Monate zur Jobsuche.
- Die Vorrangprüfung wird für drei Jahre dort ausgesetzt, wo der Arbeitsmarkt dies erlaubt. Die Zeitarbeit soll auch für Asylbewerber und Geduldete geöffnet werden.

Für die CDU ist klar: Wer schutzsuchend zu uns kommt, erhält diesen Schutz. Wer hier bleiben möchte, muss sich an die Gesetze halten, unsere Werte achten und Deutsch lernen.

Wir bringen das Land voran.

mit guter Bleibeperspektive sowie Geduldete leichter eine betriebliche Berufsausbildung absolvieren können. Mehr Rechtssicherheit, eine Perspektive für die Dauer der Ausbildung und längere Übergangsfristen sind hierfür die entscheidenden Schrauben. Zugleich wird eine Niederlassungserlaubnis für anerkannte Flüchtlinge von Integrationsleistungen abhängig gemacht. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist für eine gelingende Integration zentral. Daher wird als Bedingung für eine Niederlassungserlaubnis festgelegt, dass nach [...]

Brief aus Berlin



[...] fünf Jahren hinreichende Sprachkenntnisse vorgewiesen werden müssen. Ein weiteres Kriterium ist, dass anerkannte Flüchtlinge nach fünf Jahren ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst sichern müssen. Auch wird demjenigen, der während des laufenden Asylver-

fahrens nicht an Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge teilnimmt, zukünftig der Anspruch auf Sozialleistungen gekürzt. Ein weiteres Instrument zur Steuerung der Integration sieht vor, dass die Bundesländer das Recht bekommen, den Wohnsitz für anerkannte Flüchtlinge festzu-

setzen. So werden neue soziale Brennpunkte vermieden und eine ausgeglichene Verteilung im Bundesgebiet gewährleistet. Die Flüchtlingsthematik beschäftigt uns nun schon eine lange Zeit. Schauen Sie zurück, kann ich erkennen, dass wir schon einen großen Weg zurück-

gelegt und viele Hindernisse aus dem Weg geräumt haben. Der Blick nach vorne zeigt nicht weniger anspruchsvolle Aufgaben. Nichtsdestotrotz bin ich zuversichtlich: wir werden gemeinsam auch alle noch ausstehenden Herausforderungen erfolgreich meistern!

Forschungskooperation mit Subsahara-Afrika



Bundesforschungsministerin Johanna Wanka bei ihrer Begrüßung

Berlin – In einem Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion richtete sich unser Blick auf die Bedeutung der Kooperation mit Subsahara-Afrika in Wissenschaft und Forschung. In der hochrangig besetzten Veranstaltung – auch Bundesforschungsministerin Johanna Wanka nahm teil – wurde deutlich, dass wissenschaftlich-technischer Fortschritt neue Chancen für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und sozialen Frieden eröffnet – für

uns genauso wie für unsere afrikanischen Partnerländer. Er trägt außerdem zur erfolgreichen Bewältigung globaler Herausforderun-

gen wie Klimawandel, Ernährungssicherheit und Gesundheit bei. Die von mir moderierte Diskussion mit Vertretern der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Alexander-von-Humboldt Stiftung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der World Academy of Science (TWAS) handelte von Erfolgsbedingungen und Herausforderungen für die Kooperation.

Forschung und Innovation: Rekordinvestitionen in die Zukunft

Unter der CDU-geführten Bundesregierung ist Deutschland zu einem der attraktivsten Standorte für Forschung und Innovationen weltweit geworden. Die Forschungsausgaben liegen auf Rekordniveau: 84 Milliarden Euro haben Wirtschaft, Wissenschaft und Staat 2014 in Forschung Entwicklung investiert. Niemals zuvor wurde so ein hoher Wert erreicht. Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Ausgaben für diesen Bereich in nur 10 Jahren um mehr als 60 Prozent gesteigert: von 9 Milliarden Euro 2005 auf 15,8 Milliarden Euro 2016. Rund 130.000 neue Jobs in Forschung und Entwicklung wurden geschaffen: In nur 10 Jahren ist die Zahl neuer Arbeitsplätze hier um fast ein Drittel gestiegen – erstmals auf über 600.000. Vor allem immer mehr junge Forscher arbeiten an der Entwicklung neuer Technologien. Deutscher Erfindergeist ist Spitze: Fünf der zehn innovativsten Unternehmen Europas kommen aus Deutschland. Laut Weltwirtschaftsforum liegt Deutschland bei der globalen Wettbewerbsfähigkeit auf Platz vier. Beim Handel mit forschungsintensiven Waren stehen wir weltweit an zweiter Stelle. Die Zahl der wichtigen Patente für den Weltmarkt ist bei uns pro Einwohner doppelt so hoch wie in den USA. Die CDU-geführte Bundesregierung investiert mehr in Forschung und Entwicklung als jede Bundesregierung vorher. So sichern wir unseren Wohlstand auch in Zukunft.

Berliner Team wieder komplett



Zusammen mit Oliver Höhno im Paul-Löbe-Haus des Bundestages in Berlin.

Berlin – Seit dem 1. Juni 2016 komplettiert Oliver Höhno als neuer Büroleiter mein Berliner Team. Der 37-jährige Diplom-Verwaltungswissenschaftler ist bereits seit der Wahl 2009 im Deutschen Bundestag als Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. In dieser Zeit hat er sowohl Erfahrung im Ausschuss für Bildung und Forschung als auch im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sammeln können. Meine Mitarbeiter und ich freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit und heißen ihn herzlich willkommen!

Stuttgarter Schulklassen zu Besuch im Bundestag



Berlin – Letzte Woche trotzten Schülerinnen und Schüler der Schloss-Realschule aus Stuttgart der Berliner Hitze und fast tropischen Luftfeuchtigkeit und fanden den Weg zu mir in den Bundestag. Frei nach dem Motto „Anzug trifft Sommerkleid“. Über die engagierten Fragen zu meiner Arbeit als Parla-

mentarier und die lebhafteste Diskussion zu aktuellen politischen Themen habe ich mich gefreut. Neben praktischen Fragen zum Leben als Abgeordneter beschäftigte die Schülerinnen und Schüler insbesondere das aktuelle Verhältnis Deutschlands zur Türkei. Schönen Dank für das Interesse und viel Glück auf dem weiteren Lebensweg!



Erste Auflage der „Stuttgarter Gespräche“



Zusammen mit Heiner Geißler und Winfried Mack (von links)

Stuttgart – Gerne habe ich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen und stellvertretenden Vorsitzen Winfried Mack zu den ersten „Stuttgarter Gesprächen“ zur Zukunft der CDU im Kolpinghaus Stuttgart eingeladen – mit Referent Heiner Geißler. In der Gesprächsrunde geht es uns um

Antworten auf die Frage, was uns zusammenhält und was uns wieder erfolgreich macht. Geißlers Hauptbotschaft: Politik ohne Philosophie funktioniert nicht. Und: wir müssen unsere Politik auf moralisch-ethischen Grundsätzen formulieren und wieder besser begründen. Das christliche Menschenbild sei dabei neben dem Eintreten für Europa der Kern unserer Politik und das christliche Menschenbild vor allem im Sinne der personalen Würde des Menschen zu definieren – und nicht über die Sexualmoral der katholischen Kirche. Herzlichen Dank für Ihren Vortrag, lieber Heiner Geißler!

Gründung von Hilfen in Haft e.V.



Stuttgart – Vergangene Woche hat sich der neue Verein „Hilfen in Haft“ bei der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim der Öffentlichkeit präsentiert. Gerne habe

ich hier teilgenommen. Mit dabei waren auch viele Künstler und Ehrenamtliche, die Unterstützung angeboten hatten. Eine wirklich gute Sache. Danke an den Vereinsvorsitzenden und Leiter der Justizvollzugsschule Baden-Württemberg Dr. Joachim Oberfell-Fuchs (3.v.r.) und den Anstaltsleiter Matthias Nagel (links)!

60 Jahre Städtepartnerschaft Stuttgart - Cardiff



Cardiff – 60 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Stuttgart und Cardiff. Grund genug, den Stuttgarter Oratorienchor, dessen Freundeskreis ich seit vielen Jahren vorsitze, zu einem vorbildlichen Projekt gelebter Partnerschaft und Völkerverständigung nach Cardiff zu begleiten. Rund 150 Mitwirkende haben den zahlreichen Gästen in

einem imposanten Festkonzert in der herrlichen Llandaff Cathedral einen unvergesslichen Abend beschert. Mit dabei waren natürlich auch der amtierende Oberbürgermeister von Cardiff, Lord Mayor Cllr David Walker (2.v.r.), und seine Ehefrau Lady Mayoress Jan Walker sowie der Vorsitzende des Stadtrates von Cardiff, Phil Bale. Danke an alle walisischen Gastgeber für den wundervollen Empfang und die herzliche Betreuung! Gerne habe ich bei meinen Grußworten für einen Verbleib Großbritanniens in der EU geworben.

Erfolgreiche Regionalkonferenzen der CDU Stuttgart



Stuttgart – Gute Workshop-Atmosphäre und ergiebige AG-Beratungen zeichneten die Regionalkonferenzen der CDU Stuttgart aus. Aufgrund des Landtagswahlergebnisses und der Situation in Stuttgart haben wir folgende Fragen erörtert: Wofür soll die CDU stehen? Was hält die CDU zusam-

men? Welche Themen soll die CDU Baden-Württemberg in den nächsten Jahren im Land besetzen? Welche Themen soll die CDU Stuttgart in den nächsten Jahren in der Stadt besetzen? Unsere Vision: Wie werden sich Gesellschaft und Partei in den nächsten Jahren entwickeln? Uns ist wichtig, dass wir nach dem niederschlagenden Wahlergebnis vom 13. März in die Offensive kommen und nach vorne blicken. Schön, dass trotz der Ferienzeit so viele Mitglieder mitdiskutiert haben!

Teilnahme am Katholikentag in Leipzig



Leipzig – Wie beim letzten Katholikentag in Regensburg habe ich vergangene Woche auch in Leipzig teilgenommen und mitgewirkt. Nach der Messfeier zum Hochfest Fronleichnam auf dem Augustusplatz habe ich mich mit dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, getrof-

fen und mit ihm Fragen rund um die Ehe für alle erörtert. Die anschließende Podiumsdiskussion zur Eheöffnung und zum Ehebegriff war richtig gut und fruchtbar. Am Ende waren wir uns einig, dass die römisch-katholische Kirche ein Angebot für die pastorale Begleitung der Verbindung gleichgeschlechtlich Liebender machen muss. Selbst die beiden als konservativ geltenden Mitdiskutanten Michaela Freifrau von Heeremann und der Tübinger Moraltheologe Prof. Franz-Josef Bormann stimmten mir in meiner Forderung zu.

Premiere: Die Hohenheimer Schlossgespräche

Stuttgart – Die Zukunft unseres Landes hängt maßgeblich von einer leistungsfähigen Forschungs- und Wissenschaftslandschaft ab. Leider ist diese Erkenntnis noch nicht ausreichend stark im öffentlichen Bewusstsein verankert. Diesem Zweck soll eine neue Veranstaltungsreihe dienen, zu deren Auftakt ich gemeinsam mit dem Hohenheimer Rektor Prof. Dr. Stephan Dabbert in den Balkonsaal des Schloss Hohenheim eingeladen habe. Bei unserem ersten Termin in der neuen Reihe „Ho-

henheimer Schlossgespräche zur Forschungs- und Innovationspolitik“ habe ich mit Prof. Dr. Reimund Neugebauer, dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft, über das Thema Forschung und Innovation unterhalten. Unter anderem haben wir erörtert, welche politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen, damit sich Forschung und Innovation dynamisch weiterentwickeln können. Rund 100 Gäste waren zu diesem spannenden Gespräch in das Hohenheimer Schloss gekommen.